

# Ausländerfeindlichkeit und Deklassierung

## Thesen zu den sozialen Ursachen eines Phänomens

Erstmals in Luxemburg treten bei den kommenden Parlaments- und Europawahlen rechtsextreme Gruppierungen an, deren Hauptstoßrichtung - wie in unseren Nachbarländern - die Ausländerfeindlichkeit ist. Will man diesen Gruppierungen wirksam entgegentreten, so muß man sich Gedanken machen über die gesellschaftlichen Ursachen ihrer Entstehung und ihrer Resonanz. Eine klassische Erklärung besagt, daß rechtsextreme Tendenzen, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus dort am besten gedeihen, wo Menschen von Deklassierung, von sozialem Abstieg bedroht sind. Im folgenden Beitrag wollen wir der Frage nachgehen, ob sich in der Luxemburger Gesellschaft Anhaltspunkte für diese Theorie finden lassen.

### Wohlstandsinsel mit Schattenseiten

Auf den ersten Blick scheint in unserer Gesellschaft der allgemeine Wohlstand zu grassieren. Eine absolute und besonders auffällige Form des sozialen Abstiegs, die Arbeitslosigkeit, ist im Gegensatz zu unseren Nachbarländern wenig vorhanden. Bei genauerem Hinsehen jedoch lassen sich andere, weniger augenfällige Formen der Deklassierung auch in Luxemburg ausmachen. In diesem Zusammenhang ist es nützlich zwischen sozialer Lage (materielle Existenzbedingungen und entsprechende Handlungsspielräume) und sozialer Stellung (relationelle Größe, die eine soziale Gruppe relativ zu anderen sozialen Gruppen positioniert) zu unterscheiden.



**Der Wohlstand ist zwar im statistischen Durchschnitt gegeben, doch dies verhindert nicht, daß es soziale Gruppen gibt, die aus dem Wohlstandsgefüge herausfallen.**

### 1. Lagebezogene Formen der Deklassierung

Der Wohlstand ist zwar im statistischen Durchschnitt gegeben, doch dies verhindert nicht, daß es soziale Gruppen gibt, die aus diesem Wohlstandsgefüge herausfallen. Ihre relative Not wird angesichts des allgemeinen Reichtums umso erdrückender erscheinen. Nach einer CEPS-Studie lebten 1985 6,8% der Haushalte unter der offiziellen Armutsgrenze, die Recht auf die Beanspruchung des garantierten Mindesteinkommens (RMG) gibt (vgl. "forum" nr.102). Die Zahl der Arbeitslosen mag zwar gering sein, doch ändert dies nichts am Schicksal der Betroffenen. Außerdem muß bedacht werden, daß es eine ganze Reihe Quasi-Arbeitsloser gibt, die dank diverser Fördermaßnahmen (z.B. COIP) nicht in den Arbeitslosenstatistiken auftauchen, ohne jedoch wirklich in den Arbeitsprozeß eingegliedert zu sein.

Daneben sind ganze Sektoren der Gesellschaft von der permanenten Lebensstandarderhöhung und der permanenten Verbesserung der Arbeitsbedingungen ausgeschlossen. An erster Stelle sind die vielen kleinen landwirtschaftlichen Betriebe zu nennen, die - zumindest was Arbeitsbedingungen, Arbeitszeit und Ferienregelungen anbelangt - weit unter dem heute als normal angesehenen Standard liegen. Kleine Handwerksbetriebe und Geschäftsleute stehen nicht nur vor der Bedrohung durch den europäischen Binnenmarkt, sondern sehen sich schon heute in Konkurrenz mit Industrie und Dienstleistungsbetrieben, wenn es darum geht Personal zu finden bzw. zu bezahlen.

### 2. Stellungsbezogene Formen der Deklassierung

In einer wenig mobilen Gesellschaft, die stark in Besitzständen denkt, werden Veränderungen im allgemeinen und Verbesserungen für andere leicht als Bedrohung der eigenen Stellung empfunden. Die Bedrohung der sozialen Stellung bezieht sich nicht nur auf die meßbare wirtschaftliche Lage, sondern auch auf die Stellung in der symbolischen Statushierarchie.

Als Beispiel einer solchen symbolische Deklassierung sei der Gymnasiallehrer erwähnt, dessen gesellschaftliche Stellung in Luxemburg lange Zeit strukturell mit der eines Universitätsprofessors in einem anderen Land vergleichbar war. Mit der Lehrerexplosion, die in den letzten zwanzig Jahren stattgefunden hat, hat dieser Beruf sich banalisiert und seine exklusive Aura verloren. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß das Gehalt im internationalen Vergleich heute immer noch sehr hoch ist. Liest man die heutigen Stellungnahmen der APESS (z.B. anlässlich des Professorenstreiks, in denen sie die Professoren als Gralshüter der nationalen kulturellen Identität hochstilisierte), so sieht man, daß zumindest diese Standesorganisation noch in der alten Welt lebt.

Als Beispiel einer kulturellen Deklassierung, die Menschen aus einem individuelle wie kollektive Identität stiftenden Zusammenhang herausreißt, seien die Stahlarbeiter erwähnt. Dank des viel gerühmten Luxemburger Modells kam es zu keiner Arbeitslosigkeit; doch was ist aus den Arbeitern geworden, die aus diesem Sektor - sozialstaatlich abgefedert - hinauskatapultiert wurden? Wie empfinden

besonders ältere Arbeiter, die ihre ganze Identität aus der Zugehörigkeit zu ihrem Betrieb und aus ihrer traditionsreichen Arbeit bezogen haben, ihren Statuswechsel? Auch wenn sie keine Einkommenseinbuße haben, werden sie die neue Situation vielleicht als Abstieg erleben.

Unseres Wissens gibt es keine Untersuchung zu dem Verbleib der Stahlarbeiter und über die Frage, wie sie diesen Knick in ihrer Biographie erlebt und verarbeitet haben. Deshalb sei es erlaubt auf ein Beispiel aus der französischen Grenzregion zu verweisen, das wegen seines karikaturalen Charakters sicher nicht verallgemeinert werden darf, aber sehr gut das Problem verdeutlicht. Anlässlich der bevorstehenden Einweihung des "Schlumpf-Landes", einem Freizeitpark bei Hagondange, konnte man vor kurzem im Fernsehen verfolgen, wie ehemalige Stahlarbeiter als Würstchen- und Plüschtiervverkäufer "umgeschult" wurden. Was bleibt da von der kulturellen Identität dieser Leute, ja der ganzen Region übrig?

Im folgenden wollen wir noch kurz auf zwei Probleme eingehen, die die Luxemburger Gesellschaft als Ganzes betreffen, auch wenn ihre Auswirkungen schichtenmäßig unterschiedlich durchschlagen. Sie sind im Zusammenhang unseres Themas besonders wichtig, da sie leicht zu Kristallisationspunkten von Ressentiments gegen Ausländer werden können.

## Wohnungsmarkt

Durch das rapide Steigen der Arbeitsplätze im tertiären Sektor, besonders im Bankbereich, ist eine große Nachfrage nach Wohnraum entstanden. Da dieses Wachstum ungeplant, mehr oder weniger wildwüchsig vonstatten ging, hat keine staatliche oder kommunale Instanz diese Nachfrage vorausgesehen. Auch jetzt, wo das Problem offensichtlich ist, gibt es keine entsprechende städteplanerische und wohnungspolitische Entscheidungen. Der Wohnungsmarkt bleibt sich selbst überlassen, so daß es zu einer unerhörten Steigerung der Mieten und Kaufpreise (nicht nur in der Stadt Luxemburg) kommt. Das Phänomen wird noch verstärkt durch die massive Umwandlung von Wohnraum in Büro- bzw. Gewerberaum.



**Agence Immobilière  
ROCKENBROD**

16, bd Royal, LUXEMBOURG, tél. 47 55 21

NEUE EUROBANK in Luxemburg mietet

**STUDIOS** möbliert oder leer

**15 APPARTEMENTE** mit 1+2 Schlzf.

**6 APPARTEMENTE** mit 3+4 Schlzf.

**5 HÄUSER/VILLAS**

Votre partenaire de confiance



**R. Folmer**

Von dieser Entwicklung sind praktisch alle Schichten der Bevölkerung betroffen:

- die Gastarbeiter, die eine verslumte Wohnung im Bahnhofsviertel bewohnen und die jetzt raus müssen, weil ihr altes Haus einem neuen Bürogebäude weichen muß,
- der kleine Handwerker oder Geschäftsmann, der nach Ablauf seines Vertrages die neue höhere Miete, die im Zentrum für Luxus-Boutiquen üblich ist, nicht zahlen kann,
- der gutsituierte Beamte, der ein Haus in der Stadt oder näheren Umgebung kaufen oder mieten will, und der plötzlich feststellt, daß er bei den Preisen, die die Banken und andere Unternehmen für die Dienstwohnungen ihrer leitenden Angestellten zahlen, nicht mehr mithalten kann,
- der alteingesessene Unterstadtbewohner, der mitleben muß, wie sein Viertel nach der Renovierung von ganz neuen Schichten als Wohn- und Vergnügungsort entdeckt wird.

Diese Aufzählung, die beliebig verlängert werden könnte, zeigt, daß ein großer Umschichtungs- und Verdrängungsprozeß auf dem Wohnungsmarkt im Gange ist, dessen Ursache das ungehemmte und ungeplante Wachstum des Dienstleistungssektors in der Hauptstadt ist.

## Sprachmarkt

Eigentlich müßte man dieses Jahr auch 150 Jahre Einsprachigkeit in Luxemburg feiern. Als das Territorium des modernen Luxemburger Staates 1839 abgesteckt wurde, wurden die Grenzen (mit einigen

Abweichungen) längs der Sprachgrenze zwischen französischsprachigem und deutschsprachigem Teil des alten Herzogtums gezogen. Seitdem spricht die Luxemburger Bevölkerung, linguistisch gesehen, ein deutsches, ein moselfränkisches Platt. Der Mythos der Zwei- bzw. Dreisprachigkeit konnte aufrechterhalten werden, weil von Anfang an Französisch als Fremdsprache vom Bürgertum gesprochen wurde. "Le maintien du français ... fait aussi de sa maîtrise une condition et un critère de la réussite sociale. L'emploi du français a longtemps joué en faveur de la classe dominante" (G. Trausch, La signification historique de la date de 1839, S.31).

Die Fähigkeit, Französisch zu sprechen, war und ist immer noch ein Maß für die soziale Stellung. Der Zugang zu den gehobenen Posten setzte und setzt die Beherrschung des Französischen voraus, deshalb kann man die französische Sprache als gesellschaftliches Sanktionsmittel, als Hürde für jeden Aufsteiger bezeichnen.

Heute, wo knapp 30% der Bevölkerung Ausländer sind, wo über 12% der aktiven Bevölkerung Grenzpendler aus französischsprachigen Nachbarregionen sind, bekommt die französische Sprache eine zusätzliche Funktion: sie wird zum Kommunikationsmittel im Beruf und beim Verrichten der täglichen Einkäufe usw. Faktisch wird die Luxemburger Gesellschaft also langsam zweisprachig.

Doch die Funktion des Sanktionsmittels bleibt bestehen, so daß der Luxemburger, der sich einem Ausländer gegenüber sieht und von diesem aufgefordert wird: "parlez français", sich in die Schulsituation zu-

**Die Fähigkeit  
Französisch  
zu sprechen  
war und ist  
immer noch  
ein Maß für  
die soziale  
Stellung.**

rückversetzt fühlt, in der Französisch ein Selektionsfach war. Er wird mit der impliziten Anforderung konfrontiert, als "frankophoner" Luxemburger Französisch perfekt beherrschen zu müssen. Gebildete Luxemburger vergessen oft, daß es auch heute noch vielen ihrer Landsleute schwerfällt, vom Luxemburgischen ins Französische überzuwechseln und daß daraus Ressentiments gegenüber Ausländern entstehen.

Dem Ausländer kann aus dieser Situation kein Vorwurf gemacht werden, da er ja nichts anderes tut, als das Postulat der Zweisprachigkeit ernst zu nehmen. In seinem täglichen Umgang wird er auch mit Französisch auskommen. Erst wenn er beginnt, sich in die Luxemburger Gesellschaft zu integrieren, wenn seine Kinder in die Schule gehen, wird er die Subtilitäten der Sprachsituation erleben: die Chancen seiner Kinder sind von Anfang an schlechter, weil sie nicht die notwendigen Voraussetzungen für einen Unterricht mitbringen, in dem Deutsch praktisch als Muttersprache vorausgesetzt wird, während Französisch als Fremdsprache gelernt wird. In der Grundschule und in den unteren Klassen des Gymnasiums wird das Ausländerkind mit großer Wahrscheinlichkeit an seinen fehlenden Deutschkenntnissen scheitern und so nicht in die oberen Klassen kommen, in denen ausschließlich Französisch Unterrichtssprache ist, in denen es also bevorteiligt wäre. Im Lycée Technique wird es, außer es kommt in eine der wenigen frankophonen Klassen, mit der noch größeren Vormachtstellung des Deutschen konfrontiert werden, da dieser Schultyp in der Bildungshierarchie niedriger steht und damit weniger frankophon ist.

Hier wird also ein reales Problem - das der Chancungleichheit der Kinder, ob Luxemburger oder Ausländer - , in ein Nationalitätenproblem umgedeutet, weil die schulisch legitimierte Selektion hauptsächlich über die französische Sprache abläuft. Dieses Sanktionsinstrument gab es schon vor der Einwanderung der frankophonen Ausländer. Es existiert unabhängig von deren Kommunikationsinstrument, einem Französisch, das stärker vom guten Willen als von den Regeln der Académie Française lebt.

## Politische Auswirkungen?

In den letzten 15 Jahren ist eine radikale Umstrukturierung der Luxemburger Gesellschaft im Gang: aus der Stahl-Nation ist eine Dienstleistungs-Nation geworden. Deshalb darf man trotz des Wohlstandes von einer tiefgehenden Veränderung/Verunsicherung innerhalb der Luxemburger Gesellschaft reden. Diese wird allerdings nicht von den traditionellen Parteien aufgefangen. Keine der drei potentiellen Regierungsparteien CSV, LSAP, DP hat ein sinnstiftendes politisches Projekt. Die beiden Parteien in der Regierung führen die politischen Geschäfte "en bon père de famille", die DP kritisiert, will aber nichts grundlegend anders machen.

Wie soll der real oder vermeintlich Deklassierte sich in dieser politischen Auseinandersetzung wiederfinden? Er wird kaum mehr an die Fiktion glauben können, auf der das ganze demokratische System

beruht: die Fiktion des mündigen Bürgers, des Individuums als politischem Subjekt, das gleichberechtigt neben anderen in den Meinungsbildungsprozeß eingreifen kann. Diese Fiktion täuscht darüber hinweg, daß es einen wesentlichen Unterschied gibt zwischen der Meinung, die jemand im Familienkreis oder am Stammtisch äußert und der Meinung, die ein Leitartikler in seiner Zeitung kundtut. Sie täuscht darüber hinweg, daß es gewisser bildungsmäßiger und rein zeitlicher Voraussetzungen bedarf, um sich am politischen Geschehen zu beteiligen.

Das politische System funktioniert nicht als Auseinandersetzung gleicher, "mündiger Bürger", es funktioniert nach komplizierten Mustern der Delegation, die meist den Akteuren nicht bewußt sind. Deshalb gilt es zu analysieren, wie die Angehörigen der einzelnen Schichten ihre Interessen artikulieren bzw. über Stellvertreter artikulieren lassen. Dies kann an dieser Stelle nicht geschehen, es soll nur festgestellt werden, daß es sicher auch in Luxemburg eine große Anzahl von Leuten gibt, die sich nicht am politischen Leben beteiligen und die sich weder durch die staatstragenden noch durch die oppositionellen Parteien vertreten fühlen. Daß bei politischen Meinungsumfragen die Zahl der Enthaltungen steigt, ist ein sicheres Indiz für das Zunehmen der aus dem politischen Geschehen Ausgeschlossenen.

Diese Wählerpotentiale fanden bislang in Luxemburg traditionell Protestparteien, kleine Parteien, Ein-Punkt-Parteien, die meistens eine Legislaturperiode nicht überlebten. Daß erstmals ausländerfeindliche Parteien zur Wahl antreten, ist ein Bruch dieser Tradition, hängt aber sicher damit zusammen, daß die strukturellen Änderungen auch eine Veränderung der Stellung der Ausländer in der Luxemburger Gesellschaft bewirkt haben. Die zwei Beispiele (Wohnungsmarkt und Sprache) haben gezeigt, wie reale Probleme zu Ausländerproblemen umgedeutet werden können.

Dadurch, daß die etablierten Parteien alle nationalistisch, das heißt die Nation als Ganzes ansprechend, argumentieren, verwischen sie reale Interessengegensätze und leisten somit den rechten Splittergruppen Auftrieb. Denn in dieser Vernebelung realer Probleme ist das Hauptmerkmal des Rassismus angelegt: die Schaffung von zwei fiktiven Gruppen, dem "Wir" und den "Anderen".

Das Abkommen der großen Parteien, die Ausländerproblematik nicht zum Wahlkampfthema zu machen, zeigt, daß diese sich in der Defensive befinden und vor den rechts-extremen ausländerfeindlichen Gruppen kapitulieren. Dies gilt besonders für die CSV, die es nicht fertig bringt, die Extremisten in ihren eigenen Reihen zur Ordnung zu rufen.

Dieser Artikel hat versucht, Ursachen für die ausländerfeindliche Stimmung und das Auftreten von rechts-extremen, nationalistischen Gruppierungen bei den nächsten Wahlen aufzuzeigen. Er kann mangels empirischen Materials keine Aussagen über die zahlenmäßige Bedeutung und soziale Zusammensetzung dieser Bewegung machen, er möchte aber auch warnen, das Wahlergebnis dieser Gruppierung

**Dadurch, daß die etablierten Parteien die Nation als Ganzes ansprechen, verwischen sie reale Interessengegensätze.**

---

rungen zur Meßlatte für ihren Erfolg zu machen. Denn sogar wenn deren Ergebnisse nicht hoch sein werden, so darf nicht übersehen werden, daß ihre bloße Präsenz schon einen Rechtsruck der traditionellen Parteien bewirkt hat. Außerdem muß man die Luxemburger Sonderform des Protestwählertums berücksichtigen, die sich diesmal in der Form der 5/6-Liste zeigt, die hauptsächlich von einem Anti-Beamten-Ressentiment lebt, das einem ähnlichen Muster folgt wie die ausländerfeindlichen Thesen:

die diffuse Gruppe der Nicht-Staatsbeamten, vom untersten Handlanger zum obersten Managing-Manager, wird zu einer homogenen Gruppe hochstilisiert, alle realen Unterschiede werden verdrängt angesichts des bösen Gegners, des 5/6-Pensionärs. Auch wenn dieses Ressentiment, verglichen mit dem gegen Ausländer, relativ harmlos ist, so werden doch auch hier reale gesellschaftliche Zusammenhänge verschleiert und diffuse Ressentiments auf eine gesellschaftliche Gruppe projiziert. **ds & ff**